

Tagesordnung I Punkt 20 der öffentlichen Sitzung am 16.02.2006

Vorlage Nr. 06-F-03-0008

***Kinderbetreuung: Vorfahrt für quantitativen und qualitativen Ausbau
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.02.2006 -***

Jedes Kind hat ein Recht auf frühzeitige individuelle Förderung seiner Fähigkeiten, auf die Stärkung seiner Persönlichkeit und Unterstützung bei der Überwindung von Schwächen. Neben einer kindgerechten und anregenden häuslichen Umgebung fördern altersgemäße Bildungsangebote in Kinderbetreuungseinrichtungen die ganzheitliche Entwicklung von Kindern. Es ist anzustreben, dass alle Kinder, unabhängig von den Verhältnissen in den Elternhäusern, an diesen Bildungsangeboten in gleichem Umfang teilhaben können. Dadurch lassen sich unterschiedliche Ausgangslagen ausgleichen und Bildungschancen verbessern.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Staffelung der Gebühren nach Kinderzahl und finanzieller Lage der Eltern wird beibehalten.
2. Ein kostenfreies Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebot für Kinder aller Altersstufen ist anzustreben. Für die Förderung der Entwicklungspotenziale aller Kinder und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss jedoch zuerst eine bedarfsgerechte Ausweitung des Angebots erfolgen.
3. Die Ausweitung des Angebots umfasst den Ausbau der Anzahl der Ganztagsplätze, längere und flexiblere Öffnungszeiten und eine kontinuierliche Qualitätsverbesserung bei der Kinderbetreuung, Kinderbildung und Erziehung.
4. Für den Krippenbereich soll bis zum Jahr 2010 für mindestens 20 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren ein Betreuungsplatz mit flexiblen Zeiten zur Verfügung stehen. Das bedeutet, pro Jahr müssen rund 100 neue Krippenplätze geschaffen werden. Da derzeit bereits 30 Prozent der Mütter von Kleinkindern arbeiten, bei einem Betreuungsangebot für nur 10 Prozent der Kinder, muss der Ausbau der Krippenplätze auch nach 2010 weiter voran getrieben werden.
5. Im Elementarbereich wird die Ganztagsversorgung ausgeweitet. In den nächsten beiden Jahren werden 200 neue Ganztagsplätze geschaffen. Dabei gilt es die Unterversorgung in einigen Stadtteilen auszugleichen. Des Weiteren wird der Bedarf der Betreuungszeiten ermittelt und die Öffnungszeiten der Einrichtungen werden flexibler gestaltet.
6. Für Migrantenfamilien wird ein Konzept für ein Anreizsystem vorgelegt, das mehr Kinder aus Migrantenfamilien frühzeitig die Kitas besuchen lässt. Dies ist nötig, um Defizite im Sprachbereich bereits vor Schulbeginn auszugleichen und Kindern mit Migrationshintergrund Chancengleichheit in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
7. Die Pluralität des Betreuungsangebots von städtischen Einrichtungen, freien Trägern und Elterninitiativen wird in vollem Umfang aufrecht erhalten. Dies beinhaltet insbesondere, dass die Förderung von Elterninitiativen keinerlei Einschränkung erfährt.
8. Die Kostenbeteiligung des Landes Hessen im Elementarbereich ist angesichts des Nachholbedarfs ebenso unzureichend, wie das finanzielle Engagement für den erforderlichen

Ausbau von Ganztagsangeboten in den Grundschulen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden setzt sich deshalb beim Land Hessen mit Nachdruck für eine Ausweitung der Förderung ein.

9. Ohne das Land Hessen deshalb aus seiner Verpflichtung zu entlassen, unternimmt die Landeshauptstadt Wiesbaden zur Überbrückung wichtige Schritte, um mit exemplarischen Modellen Grundschulen zu Ganztagschulen aufzuwerten. Das Konzept der „Betreuenden Grundschule“ wird durch ein neues Ganztagschulkonzept abgelöst. Eine personelle Vernetzung des städtischen mit dem schulischen Angebot hilft dabei Kosten sparen. Jährlich werden drei Grundschulen zu Ganztagschulen umgebaut. Zielgröße ist eine Ganztagsbetreuung, die dem vorhandenen Bedarf entspricht.
-

Änderungsantrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 16. 02.2006

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im zweiten Absatz werden die Worte "jedoch zuerst" gestrichen und er lautet dann wie folgt:

2. Ein kostenfreies Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebot für Kinder aller Altersstufen ist anzustreben. Für die Förderung der Entwicklungspotenziale aller Kinder und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss eine bedarfsgerechte Ausweitung des Angebots erfolgen.
-

Beschluss Nr. 0109

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.02.2006 betr.

Kinderbetreuung

wird bei Übernahme des Änderungsantrages der Linken Liste von Seiten der antragstellenden Fraktion abgelehnt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2006

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .02.2006

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister